

Kassel, den 13.02.2010



Ergebnisse der Antragsberatungen

**Der Unterbezirkskonferenz des Juso-
Unterbezirks Kassel-Stadt vom 13.02.2010**

Inhalt:

A1	Kommunalwahlprogramm: Frühkindliche Bildung	Seite 02
A2	Kommunalwahlprogramm: Perspektive schafft Sicherheit und Aufstiegschancen	Seite 03
A3	Kommunalwahlprogramm: Integration	Seite 05
A3a	Kommunalwahlprogramm: Wahlrecht	Seite 06
A4	Kommunalwahlprogramm: Mobilität	Seite 07
A5	Kommunalwahlprogramm: Sport	Seite 10
A6	Kommunalwahlprogramm: Kinder- und Jugendparlament	Seite 12
A7	Kommunalwahlprogramm: Erneuerbare Energie	Seite 13
A8	Kommunalwahlprogramm: Kassel-Pass	Seite 15
A9	Guthabenkonten für juristische Personen	Seite 17
A10	Universitätsstadt Kassel	Seite 18
A11	Erhöhung der Brückengeländer in Kassel stoppen	Seite 20
A12	Übernahme der steigenden Kitakosten durch das Land Hessen	Seite 21
A13	Polizeitiere bei Demonstrationen	Seite 22
A14	§ 20 SGB II Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	Seite 23
A15	Kommunalwahlprogramm: Schulsozialarbeit	Seite 24

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	1
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Frühkindliche Bildung

- 1 Bildung fängt schon vor der Schule an. Wir wollen soziale Ungleichheiten im Elternhaus
2 schon vor der Einschulung abfangen. Deshalb muss die Kita zum Ort des Lernens und
3 der Bildung werden. Dazu sind gebührenfreie Kitas und qualitative Betreuung in
4 kleineren Gruppen unerlässlich.
5
6 Wir begrüßen die verbesserten Übergänge vom Kindergarten zur Schule, den
7 bisherigen Zuwachs von über 600 Hortplätzen und über 240 Betreuungsplätzen von
8 unter Dreijährigen und die Schaffung von Familienkompetenzzentren als
9 Dienstleistungszentren, die alle bestehenden Institutionen und Organisationen
10 vernetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	2
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Perspektive schafft Sicherheit und Aufstiegchancen

- 1 Wir fordern ein Ende der Kameraüberwachung auf öffentlichen Plätzen. Sie stellt einen
2 Angriff auf die grundrechtlich garantierte informationelle Selbstbestimmung dar,
3 behandelt alle Bürgerinnen und Bürger als prinzipiell verdächtig und schützt nicht gegen
4 Straftaten.
5
- 6 Gefragt sind daher abgestimmte Konzepte, die vorrangig auf Prävention setzen, jedoch
7 Sanktionsmöglichkeiten nicht aus dem Blick verlieren. Ordnungsamt und Polizei fordern
8 wir daher auf, bestehende Eingriffsmöglichkeiten (Ermahnungen, Platzverweise etc.)
9 zwar Anlass bezogen, jedoch konsequent einzusetzen.
10
- 11 Wir stehen dem Einsatz privater Sicherheitsdienste kritisch gegenüber, da sie den
12 Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl vermitteln, dass sich der Staat in Teilen aus
13 seinem Gewaltmonopol zurückzieht.
14
- 15 Auch das eingeführte Alkoholverbot muss aus unserer Sicht abgeschafft werden. Die
16 Einschränkung der freiheitlichen Grundrechte ist der falsche Ansatz. Der Verzehr von
17 Alkohol wird nicht unterbunden, sondern in die Stadtteile verlagert. Die Innenstadt wird
18 zudem entvitalisiert, denn nicht nur vermeintliche „Alkoholiker“, sondern auch
19 Jugendliche werden aus dem Stadtinneren abgeschoben.
20
- 21 Wirkungsvoll kann gegen gesellschaftliche Problemfelder, wie Gewalt, Kriminalität,
22 Alkohol- und anderen Drogenmissbrauch sowie Wohnungslosigkeit, nur präventiv und
23 langfristig vorgegangen werden. Nur so können diese dauerhaft bewältigt werden. Es
24 gilt den betroffenen Mitbürgerinnen und -bürgern eine Lebensperspektive zu
25 verschaffen, sie in Verantwortung zu ziehen und Hilfestellungen zur Lebensführung zu
26 leisten.
27
- 28 Daher treten wir dafür ein:
- 29 Projekte zu gewaltfreien Konfliktlösungen zu stärken und auszubauen. Hierbei
30 gilt es insbesondere, diesen Präsenz in den Schulen zu verschaffen.
31 Zusätzliche Streetworker einzustellen.
32 Die Ausbildungsquote der Stadt Kassel auszubauen und von Unternehmen in
33 und um Kassel ihren gesellschaftlichen Auftrag zur Ausbildung junger Menschen
34 einzufordern.
35 Die Maßnahmen der Jugendhilfe auf den Prüfstand zu stellen und ggfs.
36 zeitgemäß zu modernisieren.
37 Initiativen zur Aufklärung über Drogenmissbrauch (Alkohol, Rauschgift etc.),
38 insbesondere in Schulen, zu stärken.
39 Einrichtungen zur Beratung und Unterstützung von Drogenabhängigen zu

- 1 sichern.
- 2 Frauenhäuser zu sichern.
- 3 An Wohnungslose gerichtete Unterkunftsmöglichkeiten und
- 4 Unterstützungsangebote auszubauen.
- 5 Die Möglichkeiten öffentlich geförderter Beschäftigung zu prüfen.
- 6 Die Arge Kassel in ihrem Förderauftrag zu unterstützen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Bei wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	3
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung Juso-Bezirkskonferenz Juso-Landeskonferenz SPD-Landtagsfraktion Hessen SPD-Landesparteitag Hessen
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Integrationspolitik

- 1 Politische Teilhabe auf lokaler Ebene ist ein wichtiger Integrationsfaktor. Deshalb
2 setzen wir uns für die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-
3 BürgerInnen ein.
4 Kommunales Wahlrecht für ‚Drittstaater‘ ist richtig und wichtig, weil tausende
5 Zuwanderer bereits seit Jahrzehnten in Hessen leben, arbeiten und Steuern zahlen. Im
6 Gegensatz zu Zuwanderern aus EU-Staaten haben sie keinen Einfluss auf politische
7 Entscheidungen ihres Lebensumfeldes.
8 Jede/r Nicht-EU-BürgerIn, der/die länger als 3 Jahre ununterbrochen in Deutschland
9 lebt und bereits seit 3 Monaten in seiner Kommune gemeldet ist, soll auf kommunaler
10 Ebene mitbestimmen dürfen. Das aktive Kommunalwahlrecht ist unabhängig vom
11 Status des Nicht-EU-Bürgers zu gewähren. Es soll keine Unterscheidung gemacht
12 werden, ob jemand den Status der ‚Duldung‘ hat oder bereits eine unbefristete
13 Aufenthaltserlaubnis o.ä.
14 Es ist unverständlich, dass über diese Forderung, die in 10 anderen europäischen
15 Ländern bereits gängige Praxis ist, in Deutschland (einem Gründungsland Europas!)
16 immer noch gestritten wird. Die Mitgestaltungschance auf lokaler Ebene kann einen
17 wichtigen Beitrag zur Integration liefern und die Identifikation mit der Kommune und
18 ihrer BürgerInnen fördern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	3a
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung Juso-Bezirkskonferenz Juso-Landeskonferenz SPD-Landtagsfraktion Hessen SPD-Landesparteitag Hessen
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Wahlrecht

- 1 Wir fordern, dass die Altergrenze für die Teilnahme an den Kommunalwahlen in Hessen
2 auf 14 gesenkt wird. Ziel der Reform ist es Jugendliche früher an die Politik
3 heranzuführen. Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen kann so nachhaltig
4 attraktiv gemacht werden, vor allem über das Aufzeigen von Beteiligungs- und
5 Gestaltungsmöglichkeiten im sozialen Nahraum. Insbesondere geht es darum die
6 Interessen der Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen, z.B. in der Jugendarbeit und
7 Schulpolitik. Die KommunalpolitikerInnen werden sich zwangsläufig solchen
8 Sachthemen stellen und die Bedürfnisse der jungen Generation stärker beachten
9 müssen.
- 10 Das aktive Wahlrecht wird bereits in einigen Bundesländern gewährt (Mecklenburg-
11 Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein- Westfalen, Sachsen- Anhalt und Schleswig-
12 Holstein). Auch Hessen muss diesen Weg gehen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	4
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Mobilität

1 Verkehr und Mobilität gehören zu den brisantesten Handlungsfeldern kommunaler
2 Planung. Sie berühren wie kaum ein anderer kommunalpolitischer Bereich sowohl
3 ökologische, als auch ökonomische und soziale Fragen.

4
5 Sozialticket für den Öffentlichen Personennahverkehr
6 Die Mobilität ist mitentscheidend bei der Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen
7 Leben. Ohne Verkehrsmittel sind viele innerstädtische Distanzen kaum in einem
8 angemessenen Zeitfenster zu überwinden. Umso wichtiger ist es, dass alle Menschen
9 in unserer Stadt die Möglichkeit haben den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen.
10 Problematisch wird es vor allem dort, wo Menschen auf Busse und Bahnen als
11 Transportmittel angewiesen sind, ihre finanzielle Situation es ihnen aber nicht
12 ermöglicht diese zu nutzen. Hier ist das soziale Gewissen der Stadt Kassel gefragt.
13 Deshalb sprechen wir Jusos uns für die Schaffung eines Sozialtickets aus, das allen
14 Bürgerinnen und Bürgern Kassels ermöglicht das ÖPNV-Angebot zu nutzen. Ein
15 Sozialticket ist für eine solidarische Stadtgemeinschaft unausweichlich.

16
17 Verbesserung der Lebensqualität
18 Mobilität ist ebenso eine Frage der Lebensqualität und dient nicht nur dem Überwinden
19 von Distanzen zwischen Arbeitsplatz, Schule und Wohnung. Der motorisierte
20 Individualverkehr kann jedoch auch zu einer erheblichen Einschränkung der
21 Lebensqualität führen. Tagtäglich stehen Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zur
22 Arbeit im Stau und tagtäglich sind Bürgerinnen und Bürger durch den motorisierten
23 Individualverkehr einer immensen Lärmbelastung und Luftverunreinigung in ihrem
24 Wohnumfeld ausgesetzt. Dieser Zustand muss verbessert werden durch eine generelle
25 Stärkung des ÖPNV.

26
27 Sicherheit und Mobilität
28 Mobilität birgt auch Gefahren: Durch den starken Straßenverkehr sind in Kassel ganze
29 Straßenzüge für junge Familien unbewohnbar geworden. Wer sieht als Mutter oder
30 Vater gerne sein Kind in der Nähe einer viel befahrenen Straße spielen? Wo sollen
31 junge Eltern ihren Kindern Fahrradfahren beibringen, wenn sich Erwachsene kaum mit
32 dem Fahrrad auf die Straße trauen? Die Attraktivität dieser Gegenden sinkt enorm und
33 führt dazu, dass diese Straßenzüge zu sozialen Brennpunkten werden können, die
34 wiederum zu kommunalen Problemen führen. Dieser Trend muss gestoppt werden.
35 Eine günstige und effektive Maßnahme ist die Einrichtung von verkehrsberuhigten
36 Zonen an Nebenstraßen und in Wohngebieten.

37
38 Fahrradwege
39 Um Kassel zu einer attraktiven Fahrradstadt zu machen, reicht eine Image-Kampagne
40 nicht aus. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die es ermöglichen das

1 Fahrradfahren im Stadtgebiet sicherer und einfacher zu machen. Erst wenn es möglich
2 wird gefahrlos auf jeder Straße der Stadt auf Fahrradwegen zu fahren, wird es auch
3 mehr Fahrradfahrer geben. Kassel braucht deutlich gekennzeichnete Fahrradwege, die
4 durch Fahrradstraßen ergänzt werden sollten.

6 Erweiterung des Öffentlichen Personennahverkehrs

7 Die Straßenbahnen und Busse des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind das
8 ökologische Mobilitätsrückgrat der Stadt Kassel. Deshalb unterstützen wir Jusos
9 ausdrücklich projektierte Ausbauten, wie z.B. die Erweiterung nach Vellmar, und
10 stehen zusätzlichen Erweiterungen positiv gegenüber. Es ist ein Gewinn für Kassel,
11 dass in der Vergangenheit an dem Verkehrsmittel Tram festgehalten wurde, nur so
12 kann ein leistungsstarker Nahverkehr realisiert werden.

13 Eine der wichtigsten Fahrgastgruppen sind Jugendliche und junge Erwachsene. Ein
14 großes Ärgernis stellt jedoch die Tatsache dar, dass der Kasseler ÖPNV selbst in den
15 Wochenendnächten ab ca. zwei Uhr ruht. Das so genannte Nachtschwärmer-Angebot
16 verdient seinen Namen nicht. Zwei zusätzliche Fahrten in den Wochenendnächten auf
17 zwei von sieben Straßenbahnlinien ist keine adäquate und fahrgastorientierte Lösung.
18 Ein Missstand, der dringend zu beheben ist. Durchgehender Nachtverkehr ist nicht nur
19 in Metropolen wie Hamburg oder Berlin möglich, sondern auch in Großstädten Kasseler
20 Formats, wie das Beispiel Erfurt zeigt.

21 Insgesamt muss über eine Angebotsverdichtung nachgedacht werden. Hierbei ist vor
22 allem die Anbindung des Landkreises anzumerken. In Abendstunden und am
23 Wochenende kann in vielen Bereichen nicht von einem ausreichenden
24 Verkehrsangebot gesprochen werden. Dies zeigt sich auch auf vielen Buslinien am
25 Wochenende im Stadtgebiet von Kassel selbst. Problematisch ist auch die Verkehrslast,
26 die aufgrund des Wachstums der Universität durch die Tram-Linien 1 und 5 an
27 Vorlesungstagen ab der Haltestelle Holländischer Platz/Universität getragen werden
28 muss. Hier würde eine Angebotsverdichtung für Abhilfe sorgen, zumal sich die
29 Verkehrslast durch die Campus-Erweiterung „Nord“ in den nächsten Jahren noch weiter
30 verschärfen wird.

32 Intelligente Kombination verschiedener Verkehrsmittel

33 Fast jeder Haushalt hat heutzutage mindestens einen PKW. Zur „Rush-Hour“ (Bsp.:
34 Fuldaerbrücken) kann man deutlich sehen zu welcher immensen Verkehrsbelastung das
35 führt. Dann sind nämlich nicht nur die Bewohner Kassels in der Stadt unterwegs,
36 sondern insbesondere die Pendler aus dem Umkreis. Das Autofahren gehört zur
37 deutschen Kultur wie Beethoven oder Schützenvereine und kann natürlich nicht einfach
38 so abgeschafft werden. Zumal das Reisen oder Pendeln mit dem eigenen PKW eine
39 gewissen zeitliche Flexibilität ermöglicht. Um die Verkehrsbelastungen zu den
40 Stoßzeiten zu verringern, muss die Stadt Angebote schaffen, die es ermöglichen in
41 Kombination von PKW und ÖPNV zum Arbeitsplatz zu gelangen. Dabei dürfen keine
42 Mehrkosten entstehen und die zeitliche Flexibilität darf nicht verloren gehen. Wir Jusos
43 sind der Auffassung, dass ein Ausbau von Park-and-Ride (P+R) der richtige Weg dahin
44 ist. Es müssen finanzielle Anreize geschaffen werden das Auto vor den Toren Kassels
45 stehen zu lassen und in die Tram oder den Bus einzusteigen. Die P+R Parkplätze
46 müssen in ihrer Anzahl erhöht werden. Damit auch finanzielle Anreize geschaffen
47 werden das Auto vor der Stadt stehen zu lassen, sollten die Parkplätze an sich nicht
48 kostenlos sein. Ein besserer Weg wäre das Parkticket mit einer Tages- oder
49 Halbtageskarte des ÖPNV zu verknüpfen. Wer P+R nutzt kann dann bequem mit Bus
50 und Bahn weiter zum Arbeitsplatz fahren und im Anschluss noch bequem shoppen
51 gehen, ohne sich Gedanken um einen Parkplatz machen zu müssen. Ähnliche

1 Überlegungen sollten auch bei Dauerkarten eingebaut werden.

2

3 Finanzielle Nachhaltigkeit

4 Verkehr kostet Geld. Unsere Stadt muss Wege finden, wie die knappen finanziellen
5 Mittel im städtischen Haushalt so eingesetzt werden, dass man spürbare
6 Verbesserungen erreicht. Versuche, den städtischen Verkehr durch den Ausbau des
7 Straßennetzes in den Griff zu bekommen, wirken nur kurzfristig und verursachen
8 zumeist Folgekosten und weitere Probleme. Mögliche Antworten auf diese Entwicklung
9 können nur Alternativen zum Individualverkehr aufzeigen: Planung
10 verkehrsvermeidender Siedlungsstrukturen und die Förderung und der Ausbau
11 öffentlicher Verkehrsmittel; Entscheidend ist die Integration aller Arten des öffentlichen
12 Verkehrs und die Förderung des nicht-motorisierten Verkehrs.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	5
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Sport

1 Kassel ist eine sportlich ambitionierte Stadt. In zahlreichen Sportarten (Eishockey,
2 Handball, Fußball, etc.) sowie mit dem Kassel Marathon bietet die Stadt attraktiven
3 Spitzensport. Des Weiteren ist Kassel Sitz nationaler und regionaler Sportverbände
4 (bspw. Deutscher Schwimmverband) und Veranstaltungsort zahlreicher internationaler,
5 nationaler und regionaler Sportveranstaltungen.
6 Darüber hinaus wird Kassel mit dem neu modernisierten Auestadion in 2011 die
7 Deutschen Leichtathletik Meisterschaften veranstalten und auch im Auswahltopf des
8 DFB für Länderspiele der Fußballfrauennationalmannschaft weiter an sportlicher
9 Bedeutung gewinnen, worüber man zukünftig sicherlich weitere hochklassige
10 Sportveranstaltungen nach Kassel locken kann.

11
12 Neben dem Leistungssport zur Attraktivitätssteigerung der Region, muss es jedoch
13 auch Ziel sein den Breitensport und die Sporthallen in Kassel auszubauen und
14 zu fördern.

15
16 Gerade im Sinne der gesellschaftlichen Integration von Migranten und insbesondere
17 Migrantinnen ist der Ausbau und die Veröffentlichung von Breitensportlichen Angeboten
18 ein Anliegen das es intensiv zu fördern gilt. Des Weiteren ist es aus
19 gesamtgesellschaftlicher Sicht wichtig, der Bevölkerung ein umfangreiches Spektrum
20 an Breitensportlichen Aktivitäten - zwecks Integration, Gesundheit, Ausgleich und
21 Prävention (bspw. Gewalt, Alkohol, Drogen, etc.) - anzubieten.

22
23 Daher wollen wir:

- 24 • Sport vornehmlich vereinsgebunden fördern. (Anleitung durch geschulte
25 Personen)
- 26 • darüber hinaus auch für den Betriebssport und individuelle, ungebundene
27 Sportausübung öffentliche Angebote anbieten (Bspw. Die beliebte Kasseler Inline
28 Skate Session „K.I.S.S“, welche Dienstagabends in der Sommerzeit stattfindet)
- 29 • den Breitensport als Grundlage der sportlichen und körperlichen Entwicklung
30 unterstützen.
- 31 • auch den Leistungs- und Spitzensport mit Blick auf ihren hohen Stellenwert
32 angemessen berücksichtigen.
- 33 • die positiven Entwicklungen im Frauensport durch Förderung von
34 entsprechenden Vereinsangeboten und -initiativen unterstützen, wobei ein
35 besonderes Augenmerk auf den Ausbau von Angeboten für Migrantinnen liegen
36 sollte.
- 37 • das vorhandene städtische Angebot (Sportanlagen, Sporthallen, Schwimmbäder)
38 in seiner Substanz sichern, funktionsfähig erhalten und nach Bedarf ausbauen.
- 39 • den „besitzenden“ Vereinen mit eigenen Einrichtungen bei der Sicherung ihrer
40 Anlagen helfen, aber auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten

- 1 Neuinvestitionen unterstützen. (Gerade in Bezug auf Neuinvestitionen in
2 Maßnahmen zur Energieeinsparung.)
- 3 • sicherstellen, dass besondere, zeitlich begrenzte Vereinsprojekte auf dem
4 Gebiet der Jugendarbeit sowie integrative Angebote an benachteiligte
5 Bevölkerungsgruppen zusätzlich zur konventionellen Sportförderung
6 bezuschusst und begleitet werden.
 - 7 • die Eigenleistung der Vereine auf Sportanlagen unterstützen.
 - 8 • ein qualifiziertes Beratungsangebot für Sportvereine im städtischen Sportamt
9 gemeinsam mit den Sportvereinen weiter ausbauen.
 - 10 • für bezahlbare Eintrittspreise bei städtischen Sportangeboten für alle
11 Bürgerinnen und Bürger eintreten.
 - 12 • die Verzahnung von Schulsport und Vereinssport fördern, um auch angesichts
13 des zunehmenden Ganztagschulangebotes Kindern die Möglichkeit zu geben,
14 ihre Wunschsportangebote wahrzunehmen.
- 15
- 16 Menschen für den Sport zu begeistern muss in jungen Jahren beginnen. Darum wollen
17 wir die Sportinfrastruktur an den Kasseler Schulen verbessern. Gegenüber dem Land
18 Hessen werden wir einfordern, dass Sportunterricht nicht mehr an den Rand gedrängt
19 wird. Eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften für den Sportunterricht muss
20 gewährleistet sein.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	6
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Kinder- und Jugendparlament

1 In vielen Städten und Gemeinden hat die Einführung eines Kinder- und
2 Jugendparlaments für mehr Transparenz und Anerkennung der Kommunalpolitik bei
3 Kindern und Jugendlichen gesorgt. Aus diesem Grund fordern auch die Jusos Kassel-
4 Stadt die Einrichtung einer solchen Institution in Kassel. Dadurch hat die Kasseler
5 Kommunalpolitik die Chance, Menschen schon im jungen Alter zu erreichen und einen
6 Beitrag zu leisten zu einer lebendigen Demokratie, die nicht fern der Menschen
7 stattfindet. Initiativen zur Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments sollen
8 ausdrücklich interfraktionell und in höchstmöglichen Maße einvernehmlich zwischen
9 den Fraktionen abgestimmt werden, um eine breite Legitimationsbasis zu erzielen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Bei wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	7
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Erneuerbare Energien

1 Ziel kommunaler Energiepolitik muss die Reduzierung des Energieverbrauchs und
2 damit auch die Verbesserung der Luftqualität durch sinnvolles Energiesparen sein.
3 Unsere Energie muss möglichst rationell erzeugt und verbraucht werden, unter
4 Ausweitung der aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse (zum Beispiel Holz) und mittels
5 Kraft-Wärme-Kopplung erzeugten Energie. Neben einer höheren Umweltverträglichkeit,
6 kann so auch das öffentliche Ansehen einer Stadt und durch die Ansiedlung von Firmen
7 die Wirtschaftskraft einer Region gesteigert werden.

8
9 Gerade die Region Nordhessen, mit Kassel als seinem Kompetenzzentrum, hat sich in
10 der Energiepolitik, in Bezug auf die Förderung erneuerbare Energien, über
11 Landesgrenzen hinweg zu einer Modellregion entwickelt.

12
13
14 Mit der Universität Kassel, dem Kompetenznetzwerk Dezentrale
15 Energieversorgungstechnologien e.V., dem Fraunhofer Institut und dem Institut für
16 solare Energieversorgung (ISET) gibt es in Kassel eine weltweite geachtete Kompetenz
17 im Bereich Erneuerbarer Energien. Zudem konnte durch die wachsende Anzahl
18 erfolgreicher Energietechnikfirmen in der Region eine große Anzahl von neuen
19 Arbeitsplätzen geschaffen werden.

20
21 Betrachtet man all diese Faktoren, so kommen wir zu folgenden Forderungen, die in
22 Zukunft realisiert werden müssen:

- 23
- 24 • Verstärkte Investitionen der Stadt in den Ausbau von Solartechnik (Photovoltaik
25 und Solarthermie) an städtischen Objekten zur Energie- und Wärmegewinnung
26 und Anschlussmöglichkeiten zur Verpachtung an private Solarunternehmer.
 - 27 • Ausbau der Wärmedämmung in städtischen Objekten zur Reduzierung des
28 Energiebedarfs.
 - 29 • Einführung von intelligenten Strommanagementkonzepten in städtischen
30 Objekten (Bspw. Elektronische Heizungsregler)
 - 31 • Ausweitung, Planung und Prüfung zur Ausweisung von Flächen zum Bau von
32 Anlagen für erneuerbare Energie.
 - 33 • Kommunale Förderprogramme zum Bau von Anlagen für erneuerbare Energie.
 - 34 • Ausweitung der Vernetzung von Technologieträgern, Privatwirtschaft und Politik
35 zur Entwicklung von Projekten und Strategien zur Nutzung von erneuerbaren
36 Energien.
 - 37 • Ausweitung der Anstrengungen der kommunalen Politik zur Bekanntmachung
38 von öffentlichen Förderprogrammen beim Ausbau von Eigenheimen.
 - 39 • Ausweitung der Anstrengungen der kommunalen Politik zur Bekanntmachung
40 von Möglichkeiten der Energieeinsparung in Privathaushalten.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	8
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Kultur- und Freizeitpass „Kassel-Pass“

1 Im Vergleich zu anderen Großstädten mit ähnlicher Einwohnerzahl hat die Stadt Kassel
2 ein sehr vielfältiges und großes Angebot an kultureller Infrastruktur. Zugleich zeigt sich
3 allerdings auch, dass Kassel in einer strukturschwachen Region, mit den
4 entsprechenden sozialen Folgen, liegt. Die Konsequenz hieraus muss folglich für die
5 Kasseler Sozialpolitik sein, unterstützend zu agieren, so dass alle Bürgerinnen und
6 Bürger an den kulturellen und freizeitleichen Einrichtungen partizipieren können. Ein
7 Blick in andere Städte, unter anderem Frankfurt und Köln, zeigt, wie man sich dieses
8 Anliegen mit Hilfe eines so genannten Kultur- und Freizeitpasses annehmen kann. So
9 erhalten, z.B. in Köln, Erwerbslose und andere Personen, die Sozialleistungen
10 beziehen, automatisch den „Köln-Pass“ zugestellt und können so die städtische
11 Infrastruktur vergünstigt in Anspruch nehmen. Zudem können Erwerbstätige und
12 Rentnerinnen und Rentner, deren Leistungen maximal 30% über dem Sozialhilfe- bzw.
13 dem ALG2-Satz liegen, einen Antrag auf einen „Köln-Pass“ stellen. Die Erfahrungen
14 aus Städten wie Köln und Frankfurt sind sehr positiv, weshalb wir Jusos ausdrücklich
15 den automatisch ausgestellten „Kassel-Pass“ und für die kleinsten Stadtbewohner den
16 „Junior-Kassel-Pass“, mit zusätzlichen, speziellen Angeboten für Kinder, fordern. Mit
17 diesen Pässen muss sichergestellt werden, dass der Zugang zu allen öffentlichen
18 Freizeit- und Kultureinrichtungen gewährleistet ist. Dies reicht vom Freibad über die
19 Museen, bis hin zur Volkshochschule. Neben den öffentlichen Einrichtungen ist zudem
20 die Verwaltung gefragt, darüber hinaus auch gesellschaftliche und private Einrichtungen
21 mit ins Boot zu holen, wie z.B. die Eissporthalle oder private Theater. Als Vorbild kann
22 hier die Ehrenamtscard dienen. Zudem muss der „Kassel-Pass“ auch zu vergünstigten
23 Fahrkarten im öffentlichen Personennahverkehr berechtigen: Stichwort Sozialticket! Im
24 Sinne einer gerechteren und sozialen Stadtgesellschaft ist der „Kassel-Pass“
25 unumgänglich. Zudem bedingt die Einführung kein Einsatz großer finanzieller
26 Ressourcen. Vielmehr würden vorhandene, freie Kapazitäten genutzt, die eh schon
27 finanziert sind (z.B. offene Plätze im VHS-Kurs). So würde sich trotz reduzierter
28 Teilnahmebeiträge die finanzielle Situation für die Einrichtungen sogar verbessern.
29 Ähnlich sieht es im Bereich des ÖPNV aus. In vielen Trams und Bussen sind
30 Kapazitäten vorhanden, die genutzt werden können. In diesem Sinne sollte dem
31 „Kassel-Pass“ nichts im Wege stehen. Allen Bürgerinnen und Bürgern Kassels die
32 Möglichkeit anzubieten Kultur- und Freizeitangebote wahrzunehmen, unabhängig von
33 Einkommen und sozialer Stellung, stellt die Transformierung sozialdemokratischer
34 Wertvorstellungen in gesellschaftliche Praxis dar und verpflichtet deshalb uns Jusos im
35 besonderen Maße die Einführung eines Freizeit- und Kulturpasses für Kassel zu
36 fordern.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	9
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressaten:	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord Juso- Landeskonferenz Hessen SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Fraktion im Hessischen Landtag SPD- Landesparteitag Hessen
Betreff:	Guthabenkonto für juristische Personen

- 1 Das Hessische Sparkassengesetz sowie die dazugehörige Mustersatzung sollen so
- 2 verändert werden, dass auch juristischen Personen das Recht auf ein Guthabenkonto
- 3 eingeräumt wird.

Begründung:

Das hessische Sparkassengesetz ermöglicht es derzeit nach Maßgabe der Mustersatzung jeder Einwohnerin und jedem Einwohner auf Verlangen ein Girokonto auf Guthabenbasis zu bekommen. Dies gilt jedoch derzeit nur für natürliche Personen. Juristische Personen sind davon ausgenommen. Eine Neuregelung ist nötig.

Durch die vom Bundestag beschlossenen Änderungen im GmbH-Gesetz ist es nunmehr möglich, juristische Personen schon mit geringem Stammkapital zu gründen. Diese Möglichkeit wird immer stärker genutzt, erlaubt sie doch Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit wenig Eigenkapital bereits eine haftungsbeschränkte Firma zu gründen.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Firmenneugründung ist jedoch immer, dass mittels eines Kontos am bargeldlosen Geldverkehr teilgenommen werden kann. Leider wird aufgrund geringer Umsatzerwartung oder fehlendem Vertrauen in die Pläne der Existenzgründerin oder des Existenzgründers von Bankenseite kein Konto errichtet. Eine Teilnahme am Wirtschaftsverkehr ist somit nahezu ausgeschlossen. Die Existenzgründung ist nur noch als einfache Personengesellschaft mit vollem Risiko für die Gründende bzw. den Gründenden möglich. Oftmals kommt es zu keiner Neugründung, da mit dem ganzen Privatvermögen gehaftet werden muss und das Risiko, nicht zuletzt aufgrund familiärer Bedenken, gescheut wird.

Neben Banken bieten vor allem Sparkassen die Möglichkeit ein Konto zu führen. Sie sind bereits vom Gesetzgeber mit der Aufgabe, Neugründungen von Firmen zu begleiten, betraut worden. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Aus diesen Überlegungen heraus scheint es richtig, von Ihnen die Kontoführung für eine neugegründete juristische Person zu erwarten. Um das Risiko für die Sparkasse gering zu halten, ist es angemessen diese Pflicht auf reine Guthabenbasis zu beschränken.

Eine Neuregelung die ein Recht auf ein Guthabenkonto auch für juristische Personen einräumt erhöht die Wahrscheinlichkeit von Firmenneugründungen und wird sich somit positiv auf die regionale Wirtschaft auswirken.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	10
Antragsteller:	Juso-Hochschulgruppe der Universität Kassel
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Universitätsstadt Kassel

1 Seit fast vierzig Jahren ist Kassel eine Hochschulstadt. Die Universität ist ein Magnet für
2 junge Leute, Kunst, Kultur und Wirtschaft für die Region. Doch die Stadt muss sich
3 bewusster werden, dass sie ein Hochschulstandort, also eine Stadt mit Forschung,
4 Wissenschaft und fast 20.000 StudentInnen, ist.

5 Daher wollen wir:

6 - die Infrastruktur an der Universität verbessern

7 Während der Vorlesungszeit muss die Haltestelle Holländischer Platz/ Universität
8 häufiger mit Trams bedient werden. Auch die Verbindung zwischen den einzelnen
9 Standorten wie AVZ und Ing.-Schule mit dem HoPla-Campus muss verbessert werden.
10 Die Trams sind an Vorlesungstagen überfüllt, sodass es für die StudentInnen und die
11 anderen Fahrgäste sehr unangenehm ist, den ÖPNV zu nutzen. Auch die verlängerten
12 Vorlesungszeiten bis 22 Uhr muss die KVG stärker berücksichtigen.

13 Außerdem müssen mehr verkehrsberuhigte Zonen in und um die Uni, etwa in der
14 Moritzstraße, eingerichtet werden.

15 - studentische Belange bei der Erweiterung unterstützen

16 Die Stadt Kassel soll sich für den Erhalt der Fahrradwerkstatt und des studentischen
17 Kulturzentrums K19 einsetzen. Beide Einrichtungen sind gar nicht, oder nur teilweise,
18 auf den Bebauungsplänen der Uni-Erweiterung vorhanden. K19, wie Fahrradwerkstatt,
19 sind ein wichtiger Bestandteil der studentischen Kultur- und Serviceeinrichtungen.

20 Die Stadt Kassel wird darüber hinaus aufgefordert, ein für Studierende attraktives
21 Anreizsystem zu schaffen, um den Hochschulstandort zu stärken.

22 - Anhörungsrecht der Studierendenschaft bei kommunalen Entscheidungen, die
23 die Universität betreffen

24 Bei kommunalen Entscheidungen, die die Universität betreffen, sollten die Vertreter der
25 Studierendenschaft (AStA) ein Anhörungsrecht in den jeweiligen Ausschüssen haben.

26 So können die Studierenden in Entscheidungsprozesse, die ihren Lebensraum
27 betreffen, mit einbezogen werden.

28 - kostenfreier/vergünstigter Eintritt in städtische Einrichtungen

29 Die Studierenden bringen neues Geld nach Kassel und die Universität ist ein
30 Anziehungspunkt für Unternehmen. Die Stadt könnte daher den finanziell meist schlecht
31 gestellten StudentInnen durch kostenfreien oder vergünstigten Eintritt in kommunale
32 Einrichtungen, wie Museen oder Bäder, unter die Arme greifen. Viele StudentInnen
33 nehmen gerne das Kassler Kulturangebot wahr, aber man muss es sich auch leisten
34 können. Des Weiteren wäre dies ein weiterer Standortvorteil von Kassel als
35 Studierenden-Stadt.

Begründung:

*Diese vier Forderungspunkte sollen zur stärkeren Integration der Universität und ihrer
Studierenden in die Stadt beitragen. Das kann nur ein Gewinn für Kassel sein. Jeder junge
Mensch, der den Weg in unsere Stadt findet, ist eine Bereicherung sowohl geistig wie kulturell*

und auch finanziell. Diese Chance muss genutzt werden.

Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	11
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Stadtverordneten-Fraktion Kassel SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel
Betreff:	Erhöhung der Brückengeländer in Kassel stoppen

- 1 2009 hat der Kasseler Magistrat beschlossen 60 der rund 200 Brückengeländer der
2 Stadt zu erhöhen, um die Sicherheit für Radfahrer zu gewährleisten. Die Geländer sind
3 in Kassel, wie auch an anderen Orten der Republik, rund 1 Meter hoch. In der
4 nordhessischen Stadt sollen sie um rund 10 Zentimeter erhöht werden. Die Kasseler
5 Jusos fordern den Kasseler Magistrat auf diese überflüssigen Umbaumaßnahmen mit
6 sofortiger Wirkung zu stoppen.

Begründung:

Kassels Brückengeländer zu erhöhen ist reine Geldverschwendung, da Investitionen im sechsstelligen Bereich erforderlich sein werden. Kosten und Nutzen stehen nicht in einem vernünftigen Verhältnis. Es existiert weder ein Gesetz, noch ein Gerichtsurteil, welches die Stadt Kassel zu solchen Maßnahmen zwingen würde. Ein Maß von 1,30 Meter bezieht sich auf eine Vorschrift des Bundesverkehrsministeriums, die allerdings nur für Neubauten und grundsanierte Brücken gilt. Alte Brücken haben einen Bestandsschutz.

Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	12
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressaten:	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord Juso- Landeskonferenz Hessen SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Fraktion im Hessischen Landtag SPD- Landesparteitag Hessen
Betreff:	Übernahme der steigenden Kosten für Kitaplätze durch das Land Hessen

- 1 Die Kasseler Jusos fordern die hessische Landesregierung auf, alle entstehenden
- 2 Kosten für die Kindertagesstätten zu übernehmen. Das Land Hessen, insbesondere der
- 3 hessische Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) und der Sozialminister Jürgen
- 4 Banzer (CDU), haben zugesagt, für die Mehrkosten aufzukommen. Bei der Umsetzung
- 5 der so genannten "Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für
- 6 Kinder" (Mindestverordnung) müssen seitens des Landes Hessen konkrete Aussagen
- 7 über Art und Umfang sowie über den Zeitplan zur Erstattung zusätzlicher
- 8 Personalkosten in den Kindertageseinrichtungen gemacht werden.

Begründung:

Im Finanzministerium sind lediglich 30 Mio. EUR für die Mehrkosten sämtlicher Kitas im Land Hessen vorgesehen. Reichen dürfte das kaum. Allein der Stadt Kassel droht ein Haushaltsloch von ca. 3 Mio. EUR. Die ungewisse Situation erschwert die laufenden Haushaltsberatungen sehr. 'Mehr Personal für weniger Kinder' muss weiterhin die Devise sein – sowohl in Kassel als auch in anderen Kommunen Hessens.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	13
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressaten:	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord Juso- Landeskonferenz Hessen SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Fraktion im Hessischen Landtag SPD- Landesparteitag Hessen
Betreff:	Polizeitiere bei Demonstrationen

- 1 Es soll sichergestellt werden, dass keine Tiere durch die Polizei bei Demonstrationen
- 2 eingesetzt werden. Dementsprechende Gesetze und Verordnungen sind dahingehend
- 3 zu ändern, dass ein solcher Einsatz nicht mehr erlaubt ist.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	14
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressaten:	Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord Juso-Landeskonferenz Hessen Juso-Bundeskongress SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord SPD-Landesparteitag Hessen SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag SPD-Bundesparteitag
Betreff:	SGB 2 § 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts

- 1 Wir fordern die Adressaten dringend auf, darauf hinzuwirken, dass die Regelleistungen
2 zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhöht werden. Das jüngste Urteil des BVerfG
3 macht deutlich, dass die Leistungen zwar zum Überleben reichen, aber nicht die
4 Bedarfe an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe decken. Insbesondere die
5 Schlüsselzuweisungen für Mobilität sind zu gering. Die Höhe der Leistungen ist so zu
6 bemessen, dass ein städtisches Sozialticket davon bezahlbar ist.

Begründung:

(1) Die Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts umfasst insbesondere Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung entfallenden Anteile, Bedarfe des täglichen Lebens sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben.

Die im SGB 2 § 20 beschriebenen Regelleistungen sollen unter anderem eine Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen.

Die Realität zeigt jedoch, dass die derzeitige Höhe der Leistungen nicht ausreicht ist, um beispielsweise den ÖPNV in vollem Umfang zu nutzen.

Die Kommunen sind dazu angehalten keine weiteren kostenpflichtigen Angebote für ihre Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Das bedeutet, dass eine Einführung eines Sozialtickets zu Lasten der Kommunen derzeit nicht möglich ist.

Bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2010 am 13. Februar 2010

Antrag-Nr.:	15
Antragsteller:	Juso-Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressaten:	SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt SPD-Wahlleitung
Betreff:	Kommunalwahlprogramm: Schulsozialarbeit

- 1 Dank der hessischen Landesregierung mit ihrem Ministerpräsident Herrn Koch existiert
2 die Schulsozialarbeit nur noch rudimentär.
3 Nur noch in vereinzelt hessischen Ganztagschulen ist das System präsent, so auch
4 in Kassel. Momentan gibt es nur zwei Schulen in Kassel, die Schulsozialarbeit anbieten.
5 Diese sind die Offene Schule Waldau und die Joseph-von-Eichendorff-Schule.
6 Wir sind der Ansicht, dass Schulsozialarbeit ein wichtiger Bestandteil für die gesunde
7 Entwicklung junger Menschen ist, sie zur gesellschaftlichen Integration beiträgt und
8 letztlich Lebenschancen erhöht.
9
- 10 Die Tätigkeit der Schulsozialarbeit ist von großer Wichtigkeit, denn sie arbeitet in erster
11 Linie präventiv und wird weniger als bloßes Krisenmanagement verstanden.
12 Zu ihren Aufgaben gehören sozialpädagogische Beratung und Einzelfallhilfe für
13 Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrerinnen und Lehrer und Eltern.
14 Die Schulsozialarbeit unterstützt durch Berufs- Vorbereitungsmaßnahmen die Kinder
15 und Jugendlichen der siebten bis neunten Jahrgangsstufen und bietet freiwillige
16 Gruppenangebote für alle SchülerInnen der betreuten Schule an. In der Regel ist das
17 System der Schulsozialarbeit an der Schule verortet und sorgt für ausgiebige
18 Vernetzungs- und Zusammenarbeitstrukturen zwischen Jugendhilfe, Schule und
19 anderen Stellen, welche erzieherische Aufgaben übernehmen. Die Arbeitsgebiete und
20 Angebote differenzieren sich heute je nach Schulform (von der Grundschule über
21 Sonderschule, und von der Gesamtschule, Hauptschule bis zur Berufsschule). Um eine
22 erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Akteuren zu erzielen, ist in allen
23 Fällen eine klare Absprache zwischen den Fachprofessionen Jugendhilfe und Schule zu
24 treffen, um die Zuständigkeiten zu regeln. Denn oft leidet die professionelle
25 Arbeitsweise aufgrund schlechter Kommunikation und Aufklärung zwischen den
26 SozialarbeiterInnen und LehrerInnen, weil sie zu wenig über die Aufgabengebiete der
27 Schulsozialarbeit informiert sind und sie daher bedauerlicherweise als
28 Reparaturfunktion für schwer erziehbare Kinder ansehen.
29 Ziel der Schulsozialarbeit ist es, Kinder und Jugendliche zu unterstützen und sie
30 bezüglich ihrer schulischen und beruflichen Weiterentwicklung zu fördern. Im Klartext
31 heißt dies, dass die Schulsozialarbeit negativen Schulkarrieren vorbeugen und den
32 Übergang in das Berufsleben erleichtern soll.
33 Zu den Handlungszielen spielen folgende Punkte eine wesentliche Rolle:
34 - Übernahme von Verantwortung
35 - Kommunikationsfähigkeit
36 - Problembewusstsein
37 - Selbstwert und Selbstbewusstsein aufbauen und stärken
38 - Konfliktbewältigung
39 - Motivation für schulische und berufliche Weiterentwicklung
40

1 Ferner hat die professionelle Schulsozialarbeit die Aufgabe in jeder Schule neu zu
2 ermitteln, was gebraucht wird und mit welchen Akteuren die erforderlichen Schritte
3 wahrgenommen werden können.

4 Bestimmte Arbeitsfelder zählen zum Kernspektrum moderner Schulsozialarbeit:

- 5 - Beratung und Einzelhilfe
- 6 - Sozialpädagogische Gruppenarbeit und Projekte
- 7 - Vernetzung und Gemeinwesenarbeit
- 8 - Offene Freizeitangebote

9
10 Das System kann nur erfolgreich funktionieren, wenn es nicht als eine Art
11 Abstellkammer für schwierige Kinder fungiert, sondern ihre Aufgabe als professionelle
12 Förderung für schulische und berufliche Weiterentwicklung wahrnimmt. Nur dann ergibt
13 die Existenz der Schulsozialarbeiter einen Sinn in unserer Gesellschaft. Wir fordern
14 Schulsozialarbeit anzuerkennen, stärker auszubauen und alle notwendigen Mittel zur
15 Verfügung zu stellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen.